

Antrag

der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Cornelia Behm, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Renate Künast, Fritz Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mehrwegsysteme durch Lenkungsabgabe auf Einwegverpackungen stützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das 80-Prozent-Ziel für ökologisch vorteilhafte Getränkeverpackungen hat die Bundesregierung mehrfach bestätigt: Die Verpackungsverordnung legt diesen Anteil von 80 Prozent als Mindestzielquote für Mehrweggetränkeverpackungen sowie in ökologisch vorteilhaften Einweggetränkeverpackungen abgefüllte Getränke (Möve-Quote) fest. Gemäß § 1 Abs. 2 der Verpackungsverordnung ist in Erhebungen jährlich der tatsächliche Marktanteil umweltverträglicher Getränkeverpackungen festzustellen und bekannt zu machen. Die jüngst vorgelegten Zahlen sind jedoch alarmierend: Insbesondere die Anteile von Mehrweggetränkeverpackungen (Möve) sind von ca. 71 Prozent im Jahr 2004 auf nur noch 60 Prozent im Jahr 2006 gefallen und schon jetzt ist die Tendenz zum weiteren Rückgang für die Folgejahre ablesbar. Um die vorgegebene 80-Prozent-Quote zu erreichen, braucht es neue Impulse. Entsprechend haben im Juni 2008 auf der 70. Umweltministerkonferenz 8 Bundesländer einen Maßnahmenkatalog von der Bundesregierung gefordert, der neue Instrumente in die Überlegungen mit einschließt, wie z. B. eine Lenkungsabgabe auf Einwegverpackungen.

Mehrweggetränkeverpackungen sind ökologisch vorteilhafte Getränkeverpackungen, da ihre Ökobilanz positiv ist und Abfall vermieden wird. Mehrwegflaschen werden wiederbefüllt und immer wieder verwendet und helfen somit, auch regionale Wirtschaftskreisläufe zu erhalten und Arbeitsplätze vor Ort zu sichern.

Mehrwegsysteme zu stützen heißt daher, ökologisch verantwortlich zu handeln und ökonomisch sowie gleichermaßen ökologisch sinnvolle regionale Wirtschaftskreisläufe aufrechtzuerhalten. So werden z. B. Transporte über weite Entfernungen, z. B. mit dem LKW, überflüssig. Mehrwegsysteme tragen so auch in erheblichem Umfang zur Reduzierung von CO₂-Emissionen bei und sind daher schon klimapolitisch geboten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

zur Ausweitung der Abfüllung von Getränken in Mehrweggebinden eine zusätzliche Lenkungsabgabe auf ökologisch nicht vorteilhafte Einweggetränkeverpackungen zu erheben. Die Lenkungsabgabe wird bei den Abfüllbetrieben und Importeuren von Einweggetränkeverpackungen (Inverkehrbringer) erhoben.

Das erzielte Aufkommen soll zur Stützung des Mehrwegsystems bei Getränken verwendet werden.

Berlin, den 17. Dezember 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Das Mehrwegsystem ist für die Verpackung der Massengetränke von über 70 Prozent im Jahr 2000 auf 55 Prozent im Jahr 2006 gesunken. Damit läuft das Mehrwegsystem Gefahr, auf einen so niedrigen Stand zu stoßen, dass das Aufrechterhalten der Mehrweginfrastruktur unwirtschaftlich wird.

In der Fachwelt ist es unstrittig, dass das Mehrwegsystem ökologisch sinnvoll ist. Jene Einweggebinde, die als ökologisch vertretbar gelten wie die Kartonageverpackung, fallen mit etwa 4 Prozent (noch) nicht ins Gewicht. Bedeutsamer ist, dass die ökologisch nicht vorteilhaften Einwegverpackungen, allen voran die Einwegkunststoffflaschen, in den umweltrelevanten Wirkungskategorien Ressourcenverbrauch, Treibhauseffekt und Versauerung hohe Werte erzielen. Hinzu kommt, dass Getränke, die wie Fruchtsäfte von der Pfandpflicht ausgenommen sind, vorwiegend in Einwegverpackungen vertrieben werden.

Vor dem Hintergrund des nötigen Klimaschutzes und des sparsamen Umgangs mit Ressourcen muss alles Erdenkliche unternommen werden, um ökologisch sinnvolle Systeme zu stützen und auszuweiten. Eine Abgabe auf ökologisch nicht vorteilhafte Einweggetränkeverpackungen – neben einer die Rückführung sichernden Pfandpflicht – würde Einwegsysteme verteuern und damit einen ökonomischen Anreiz für das Mehrwegsystem darstellen. Diese zusätzliche Lenkungsabgabe wäre ein erster Schritt zur Umsetzung des von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Dezember 2007 beschlossenen Wertstoffkonzeptes, das als ein zentrales Element die Einführung einer Ressourcenabgabe vorsieht, um die Abfallpolitik zur Ressourcenpolitik weiterzuentwickeln.